



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

Eingegangen

20. Dez. 2019

Doris Achelwilm - Büro Berlin

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Doris Achelwilm  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

18. Dezember 2019

Betr.: Ihre Frage Nr. 25 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages  
am 18. Dezember 2019

Sehr geehrte Frau Kollegin,

anliegend übersende ich Ihnen meine Antwort auf Ihre oben genannte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Frage Nr. 25:

*Welche Schritte stehen nach Ansicht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz noch aus, um für die Neuregelungen im Abstammungsrecht über die vorgeburtliche Elternchaftsanerkennung in gleichgeschlechtlichen Ehen, zu der es im März 2019 eine öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss gab, eine Kabinettvorlage zu erarbeiten und bis wann ist damit zu rechnen?*

Antwort:

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat am 13. März 2019 einen Diskusstextentwurf zur Reform des Abstammungsrechts veröffentlicht. Derzeit werden die zu diesem Entwurf eingegangenen zahlreichen und zum Teil sehr umfangreichen Stellungnahmen von Ressorts, Ländern und Verbänden ausgewertet. Daran wird sich im Rahmen der Überarbeitung des Entwurfs die Prüfung anschließen, ob Veränderungen oder Präzisierungen des Reformvorschlags geboten sind. Ein Zeitplan steht noch nicht fest. Der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Bundesregierung ist noch nicht abgeschlossen.